

## Antrag D08: Demokratie vor Gefahren durch Big-Tech-Kapitalismus schützen

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

- 1 Der DGB wird sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften dafür einsetzen, die  
2 digitale Souveränität in der Arbeitswelt und Gesellschaft zu stärken, um den Gefahren  
3 des Big-Tech-Kapitalismus für die Demokratie wirksam zu begegnen.
- 4 Die wachsende Konzentration wirtschaftlicher und technologischer Macht im digitalen  
5 Sektor, insbesondere bei wenigen „Gatekeepern“, stellt Deutschland und Europa vor  
6 grundlegende demokratische und soziale Herausforderungen. Der breite Einsatz  
7 Künstlicher Intelligenz verändert Märkte und nimmt nicht nur Einfluss auf  
8 Arbeitsorganisationsebenen, sondern auch die Demokratie steht durch die konzentrierte  
9 Marktmacht der Digitalkonzerne und deren Nutzung von KI unter Druck. Einzelne  
10 zentrale Akteure in den Digitalkonzernen pflegen gar die Nähe zu rechtspopulistischen  
11 bis rechtsextremen Bewegungen.
- 12 Big-Tech-Konzerne wie Google, Amazon, Meta, Apple und Microsoft haben sich die großen  
13 digitalen Märkte faktisch untereinander aufgeteilt, Abhängigkeiten geschaffen und  
14 üben dadurch einen massiven Einfluss auf Politik, Gesellschaft und Wirtschaft aus.  
15 Dies betrifft die digitalen Infrastrukturen (Cloud-Services, Betriebssysteme und  
16 Office-Anwendungen, Browser und Endgeräte), Kommunikationsplattformen sowie App-  
17 Stores und Online-Marktplätze. Zugleich zeigen sie grundlegende Defizite bei Arbeits-  
18 , Gewerkschafts- und Menschenrechten, bei Steuerverantwortung, ökologischer  
19 Nachhaltigkeit sowie der Bereitschaft, sich wirksamer Aufsicht zu stellen.
- 20 Big-Tech-Konzerne sammeln und nutzen riesige Datenmengen. Verbunden mit der  
21 gewaltigen Finanzmacht bilden sie die entscheidende Grundlage für den Aufbau  
22 leistungsfähiger KI-Modelle. Je stärker diese KI-Infrastrukturen in alle Bereiche der  
23 Gesellschaft vordringen, desto mehr verfestigt sich die Machtposition von Big-Tech.
- 24 Mit ihrer monopolartigen Position kontrollieren Big-Tech-Konzerne die Lebensadern der  
25 digitalen Gesellschaft. Dies betrifft insbesondere den Zugang zu Informationen, die  
26 politische Meinungs- und Willensbildung, das Verhältnis von Arbeit und Kapital - und  
27 damit die Arbeit der Zukunft - wie auch das Spannungsverhältnis von Freiheit und  
28 Sicherheit.
- 29 Die Abhängigkeiten von den US-amerikanischen Big-Tech-Konzernen sind nicht zuletzt  
30 zum Instrument einer Erpressungspolitik geworden, mit der sowohl die Konzerne selbst  
31 als auch die derzeitige US-Regierung Europa unter Druck zu setzen versucht. Die  
32 Europäische Union (EU) steht auch deshalb vor einer Bewährungsprobe. Dies zeigt sich  
33 beispielsweise bei den Ankündigungen der US-Administration, Länder und  
34 Staatengemeinschaften mit gesonderten Strafzöllen zu belegen, die eine nationale  
35 Regulierung der US-Plattformdienste umsetzen.
- 36 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich dafür einsetzen, dass der

37 rechtliche Rahmen zum Schutz der Grundrechte, wie zum Beispiel durch die europäische  
38 KI-Verordnung, beständig mit der technologischen Entwicklung Schritt hält. Darüber  
39 hinaus werden sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sowohl auf nationaler  
40 als auch auf EU-Ebene insbesondere in folgenden Bereichen für eine Stärkung der  
41 Demokratie durch mehr digitale Souveränität einsetzen:

#### 42 **1. Demokratie und digitale Medien / Öffentlichkeit**

43 Digitale Kommunikationsplattformen und Social Media sind zentrale Instrumente, mit  
44 denen Big-Tech-Konzerne gesellschaftliche Meinungs- und politische  
45 Willensbildungsprozesse algorithmisch steuern, machtpolitisch beeinflussen und auch  
46 gezielt manipulieren können. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich  
47 deshalb dafür einsetzen, dass die im europäischen „Digitale-Dienste-Gesetz“ („Digital  
48 Services Act“, DSA) verankerten Regelungen konsequent durchgesetzt werden, mit denen  
49 die Verbreitung illegaler Inhalte verhindert und Nutzer\*innen im digitalen Raum  
50 besser geschützt werden sollen.

51 Gleichzeitig machen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dafür stark,  
52 Regelungen zur Konzentrationsbegrenzung von meinungsbildenden, also  
53 demokratierelevanten „sozialen“ Medien und digitalen Plattformen auch auf nationaler  
54 Ebene einzuführen.

55 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden überdies dafür eintreten,  
56 gemeinwohlorientierte Alternativen und demokratiestärkende Plattformen für soziale  
57 Vernetzung, Austausch und Debatte zu fördern. Dazu zählt auch die Förderung von KI-  
58 Anwendungen, die dazu beitragen, Desinformation und Radikalisierung in der digitalen  
59 Welt wirksam zu unterbinden.

#### 60 **2. Demokratie und digitaler Wettbewerb**

61 Der Einfluss von Big-Tech-Konzernen beruht auf deren immenser Marktmacht und  
62 Finanzkraft. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich deshalb für die  
63 Weiterentwicklung des Regelungsrahmens für digitale Märkte ein. Dieser soll  
64 sicherstellen, dass die Macht von marktbeherrschenden Anbietern digitaler Plattformen  
65 begrenzt und Missbrauch unterbunden wird. Dazu gehört auch, dass gute  
66 Arbeitsbedingungen, faire Löhne oder der Verbraucherschutz durch die  
67 Plattformökonomie nicht länger untergraben werden.

68 Zu einem solchen Regelungsrahmen gehört eine Schärfung des Wettbewerbsrechts, um  
69 bereits bei erkennbaren Störungen des Wettbewerbs möglichst präventiv eingreifen zu  
70 können und auch eine missbrauchsunabhängige Entflechtung von Digitalkonzernen zu  
71 ermöglichen. Gleichzeitig setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dafür  
72 ein, die geltenden Regelungen für dominante Digitalplattformen auf EU-Ebene zu  
73 verteidigen und zu schärfen.

74 So soll das „Gesetz über digitale Märkte“ („Digital Markets Act“, DMA)  
75 weiterentwickelt werden, mit dem bislang nur sieben Unternehmen mit besonderer  
76 Marktmacht, so genannten „Gatekeepern“, unlautere Praktiken untersagt werden. Da  
77 dieser Mechanismus erst bei Unternehmen mit mindestens 45 Millionen Endnutzer\*innen  
78 einsetzt, werden wichtige Bereiche, wie zum Beispiel Cloud-Anbieter, faktisch nicht  
79 erfasst. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden deshalb ein Konzept

80 entwickeln, um die Kriterien des DMA zu reformieren und auch kleinere Plattformen  
81 einzubeziehen, wenn diese auf ihren jeweiligen Märkten eine beherrschende Rolle  
82 spielen.

83 Außerdem muss durch schärfere Instrumente bei der Datenregulierung verhindert werden,  
84 dass Big-Tech-Konzerne ihre Marktmacht missbrauchen. So muss es etwa möglich und  
85 durchsetzbar sein, z.B. Cloud-Anbieter aus Drittstaaten in der EU dazu zu  
86 verpflichten, die Daten auf Servern in der EU nach europäischem Recht zu hosten – und  
87 ihnen zu untersagen, diese Daten in ihre Länder zu transferieren oder mit ihnen ihre  
88 KI-Modelle zu trainieren. Kund\*innen und Nutzer\*innen, ob natürliche oder juristische  
89 Personen, brauchen Transparenz und echte Wahlfreiheit darüber, was mit ihren Daten  
90 geschieht und nicht gegen ihren Willen geschehen darf.

91 Darüber hinaus setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dafür ein,  
92 Plattformen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand zu fördern, die  
93 demokratischen, nicht-kommerziellen und sozialen Zielen verpflichtet sind.

94 Es ist auch an der Zeit, dass Big-Tech-Unternehmen endlich angemessen besteuert  
95 werden. Trotz extremer Gewinne können sie ihre steuerlichen Verpflichtungen bis heute  
96 auf ein Minimum drücken, obwohl sie die Daten der europäischen Nutzer\*innen ebenso  
97 wie Internetleitungen und Mobilfunknetze ohne eigene Beiträge für ihre Geschäfte  
98 nutzen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für ein effektives  
99 Besteuerungsmodell ein, das an den zentralen Grundlagen der digitalen Wertschöpfung  
100 von Big Tech ansetzt.

### 101 **3. Demokratie und digitale Infrastrukturen**

102 Die Abhängigkeiten des Staates von privatwirtschaftlichen Anbietern sind im Bereich  
103 der kritischen digitalen Infrastrukturen, wie zum Beispiel bei  
104 Sicherheitstechnologien oder Cloud-Architekturen, besonders kritisch. Dies gilt umso  
105 mehr, wenn die Datensicherheit nicht gewährleistet werden und der Datenzugriff von  
106 Feinden der Demokratie missbraucht werden kann. Deutschland und die EU müssen  
107 unabhängiger werden von den Betriebssystemen, Cloud-Diensten,  
108 Sicherheitsarchitekturen und der Anwender-Software großer Tech-Konzerne. Hier muss  
109 der Staat massiv fördern und aktiv dazu beitragen, ein entsprechendes digitales  
110 Ökosystem aufzubauen.

111 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich deshalb für den schnellen  
112 Ausbau souveräner Infrastrukturen ein. Dabei soll auch gewährleistet werden, dass die  
113 demokratische Kontrolle von und der verantwortliche Umgang mit digitalen  
114 Infrastrukturen und Daten sowie KI-Anwendungen im Bereich des öffentlichen Lebens  
115 sichergestellt werden.